

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 00 Mark, monatlich 9 Pfennig. Die heutige Nummer kostet 9 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birtenwerder, Bahnhofstrasse 5 und von allen Anzeigen-Ergebnissen angenommen. Die Inhaberspreise betragen für die 10 Pfennig, die Restmenge 50 Pfennig.

Briefetal-Bote

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briesa, Lehmitz, Stolpe
 für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend
 Fernsprecher: Amt Birtenwerder Nr. 5



Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birtenwerder.
 Anzeigenpreis für die neungefaltene Kleinzeile 3.500 000 Mark. — Reklamezeile 13000 000 Mark.

Nr. 119.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Donnerstag, den 11. Oktober 1923

Postfach-Konto Berlin 62448.

22. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birtenwerder.

Ein Hund zugelaufen, 1 Regenschirm, 1 Sackschürze verloren. Birtenwerder, den 10. Oktober 1923.
 Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Das Verzeichnis der zur Brandenburgischen landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft gehörenden Betriebe und die Beitragshebersrolle liegt gemäß § 1021 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung vom 10. bis 24. Oktober d. Js. im Rathaus, Zimmer 7, zur Einsicht der Beteiligten aus.

Die zur polizeimäßigen Räumung der Briele verpflichteten Pächter der angrenzenden Grundstücke werden an Erfüllung ihrer Räumungsverpflichtung hiermit erinnert.

Anträge der Arbeitgeber auf Beschäftigung von Ausländern in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft während des Kalenderjahres 1924 müssen spätestens am 20. Oktober d. Js. beim Landratsamt Niederbarnim (Kreisarbeitsnachweis) Berlin, Friedrich-Rühl-Weg 5, vorliegen. Verspätet eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt.

Als vorläufige Hundesteuern für das 2. Steuerhalbjahr 1923 sind zur Vermietung der gelegenen Zuschläge bis zum 15. d. Mts. bei der Gemeindekasse 19 1/2 Millionen Mark für jeden Hund zu zahlen. In diesem Betrage sind die für das 1. Drittel des Monats festgestellten und bereits veröffentlichten Zuschlägen von 50 Millionen Mark enthalten. Außerdem bleibt die Kreis-Hundsteuer mit 10 Millionen Mark zu zahlen.
 Birtenwerder, den 10. Oktober 1923.
 Der Gemeindevorsteher. Rüb.

Gemeinsame Bekanntmachungen der Gemeindevorsteher Birtenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Der Preis für ein 1900 Gramm schweres Brot, welches aus Kom vormalig hergestellt ist, wird unter Wahrung des Beschlusses vom 4. Oktober

ab 9. Oktober auf 22 Millionen Mark erhöht.

Preise für Küchen- und Ofenbrand.
 a) bei Selbstabholung ab Lager. Mk. 299 000 000.— je Zentner,
 b) bei Lieferung frei Erbschloß ob Keller 310 000 000.—
 Preise für Brickettfeuerung in Fahrzeugen
 nicht unter 30 Zentnern.
 a) bei Selbstabholung ab Lager. Mk. 299 000 000.— je Zentner
 b) bei Lieferung frei Erbschloß ob Keller 308 000 000.—
 Diese Preisfestlegung tritt mit dem 9. Oktober in Kraft,
 Berlin, den 9. Oktober 1923.

Namens des Kreisamtschiffes des Kreises Niederbarnim
 Der Vorsitzende: Landrat Schlemminger.
 Veröffentlicht.

Die Gemeindevorsteher Birtenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Instandhaltung der Bürgersteige.
 Es ist mit aufgegeben, daß die Zementplatten der Bürgersteige oft 10 bis 15 Zentimeter über der Erde vorstehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß dadurch leicht Unglücksfälle entstehen können und erlaube, zu beiden Seiten der Kaufbahn sowie Erde aufzuschütten, daß die Bürgersteige keine Unebenheiten mehr aufweisen. Zur Befestigung jeglichen Zweifels mache ich darauf aufmerksam, daß die Arbeiter zur Unterhaltung und Reinigung der Bürgersteige verpflichtet sind. Sollte meine Anordnung keine Befolgung finden, werde ich unanständig gegen die Eigentümer vorgehen.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Kartoffelbefeuerung.
 Im Laufe dieser Woche (Mittwoch, Donnerstag) treffen für die Firma Frenkel & Co. einige Waggons Kartoffeln ein. Dieselben gelangen zur Verteilung an die Vorkasse und zwar der Reihe der Verteilung nach. In erster Linie kommen also die Kartoffelbesitzer in Frage. Zur Verteilung der Kartoffeln können dieselben auch auf dem Bürgerhof Birtenwerder in Empfang genommen werden. Die Verteiler wollen sich diesbezüglich mit der Firma in Verbindung setzen.

Personenstandsaufnahme.

Gemäß §§ 16 ff. der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz findet am
 10. Oktober 1923
 auf Grund der Wohnungsklassen eine Aufnahme des Personenstandes bis 1923 statt.
 Ermittelnde Hausbesitzer werden die erforderlichen Formulare bis zum 7. Oktober d. Js. zugestellt. Die Wohnungsinhaber sind von jedem Haushaltungsvorstande und jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung aufzufahren und spätestens am 10. Oktober dem Besitzer des Grundstücks zu übergeben.
 Die Besitzer der besetzten Grundstücke oder deren Vertreter sind bei Meldung der gelegentlichen Grundstücke, die Wohnungsinhaber mit der vorgeschriebenen Bescheinigung (Muster 2) bis spätestens am 12. Oktober d. Js. an die Gemeindeverwaltungsstelle — Zimmer Nr. 9 — Berlinerstraße 39, zurückzugeben.

Dollarband Donnerstag nachm. 1 200 000 000

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Einladung zur Gemeindevertreter-Sitzung.
 Zu der auf Freitag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr im Gemeinde-Sitzungssaal abzunehmenden Verammlung der Gemeindevertretung, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschloffen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Vertretung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.
 Tagesordnung.

1. Abnahme der Jahresrechnung 1922.
2. Beschlußfassung über den abgedruckten Behauungsplan.
3. Abschluß eines Vertrages.
4. Erhöhung der Entschädigung für den Briefetal-Boten.
5. Aufnahme eines Kredits.
6. Verschiedenes.

Anordnung über Mietzuschläge.

Auf Grund des § 11 des R.M.G. vom 24. März 1922 — R.G.Bl. S. 273 ff. — sowie auf Grund der Preishöhen-Anordnung hierzu vom 4. August 1923 — Pr. G.S. S. 382 ff. — wird für die im Kreise Niederbarnim gelegenen Landgemeinden bis zu 2000 Einwohnern und für die übrigen, nach Anhörung eines gleichmäßig aus Mietern und Vermietern zusammengesetzten Ausschusses und nach erfolgter Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten in Potsdam folgende Anordnung erlassen:

1. Für Steigerung der Zinsen der Vorkriegszeit, Grundstücksbelastung und für Verwaltungskosten . . . 3 421 000 Proz.
 2. Für laufende Instandsetzungsarbeiten . . . 4 620 000 Proz.
- Bei dem für laufende Instandsetzungsarbeiten festgesetzten Hundertsatz sind sämtliche Instandsetzungsarbeiten innerhalb der Mieträume einjährl. Instandsetzungen der Kellern, Jalousien, Defen, Feuerungsanlagen, Kochherde, Instandhaltung der Wasser- und Abwasserleitungen (von Schloten) sowie Anlageerhaltung ausgenommen.

Die Kosten für diese Instandsetzungsarbeiten sind vom Mieter im Einzelfall gegen Vorlegen der Reize zu tragen. Der Mieter ist vor der Übernahme der Reparaturen zur Bestimmung der Handwerker berechtigt, die die Arbeiten ausführen sollen. Er kann die Arbeiten selber ausführen, sofern er die hierfür erforderliche berufliche Ausbildung besitzt.

§ 4. Die öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Betriebskosten des Grundstücks sind nach dem Verhältnis der Grundstücke auf die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Mieträume anderer Art umzulegen und zwar:

- A. in voller Höhe
 - a) die für das Haus zu entrichtenden Zinsen und Gebäudesteuern,
 - b) Wasserzeld.
 - c) Schornsteinfegergebühren.
- B. bis zu den nachstehend angegebenen Höchstbeträgen die Kosten
 - a) der Haus- und Hofreinigung einjährl. Vorhalten von Besen und Schenertappen bis zu 1 800 000 Proz. der Grundstücke,
 - b) der Treppen- und Flurbeleuchtung sowie für die Beleuchtung der Räume, die für die gemeinsame Benutzung bestimmt sind, bis 1 800 000 Proz. der Grundstücke,
 - c) der Versicherung gegen Feuer bis zu der Höhe, wie sie von der Landbesitzerjohannis der Provinz Brandenburg ortsüblich erhoben werden, jedoch nur bis zur Höhe von 95 Proz.,
 - d) der Versicherung gegen Haftpflicht bei Glas-, Gas- und Wasserleitungschäden bis zu 900 000 Proz. der Grundstücke,
 - e) der Fäkal- und Müllbeseitigung bis zu 3 000 000 Proz. der Grundstücke.

Nicht der Vermieter die unter B. a) b) d) genannten Arbeiten selbst aus, so kann er anstelle des Zuschlages nur eine Vergütung verlangen, die dem ortsüblichen Stundenlohn eines ungelerten Arbeiters entspricht. Verwendet er die Fäkalien nutzbringend für sich, so entfällt jeder Anspruch auf den Zuschlag.

§ 5. Der Vermieter ist berechtigt, auf die Betriebskosten einen Vorbehalt in Höhe von 1/4 der Grundstücke bei der Mietzahlung zu verlangen. Die Abrechnung der von den Mietern geleisteten Vorbehaltzahlung erfolgt bei der Umlage.

§ 7. Zuschläge zur Grundmiete für Verzinsung und Amortisation großer Instandsetzungsarbeiten werden im Einzelfall auf Antrag vom zuständigen Mietleistungsausschuß festgesetzt. Diese Zuschläge dürfen jedoch 4 200 000 Proz. der Grundmiete nicht übersteigen.

§ 9. Diese Anordnung tritt mit dem 1. Oktober 1923 in Kraft.
 Berlin, den 26. September 1923.

Der Kreisamtschiff des Kreises Niederbarnim.
 Der Vorsitzende, Landrat. J. A.: Dr. Simon.
 Veröffentlicht.
 Borgsdorf, den 10. Oktober 1923.
 Der Gemeindevorsteher. Kadewald.

Kurze Nachrichten.

- Der Reichstag hat gestern in zweiter Lesung das Ermächtigungsgesetz angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, Bayerische Volkspartei und die Kommunisten.
- Der Staatssekretär in der Reichskanzlei von Rheinbaben hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.
- Das über die Deutsche Zeitung verhängte Verbot ist aufgehoben.
- Der bayerische Generalstaatskommissar v. Rahr

ist in Erwägungen darüber eingetreten, ob es nicht an der Zeit wäre, gegen die schlimmsten Schieber und Wucherer die Todesstrafe zu verhängen.

— Generaldirektor Winoux ist aus der Firma Hugo Stinnes ausgeschieden.

— Der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände hat den Antrag gestellt zwecks Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Ansprache im Reichstag über die Kanzlerrede.

(386. Sitzung.) OB. Berlin, 8. Oktober 1923.
 Vor sehr stark besetztem Hause begann heute mittig im Reichstage die politische Ansprache über die Rede Dr. Stresemanns vom vorigen Sonnabend. Damit verbunden wurde die Debatte über die kommunikativen und dienstlichen Anträge, betreffend den Usanahmestand. Abg. Breitscheid (Zos.) stellte fest, daß das Parlament noch niemals in einer so unverantwortlichen Weise mit einer Krisis überfallen worden sei wie in der vorigen Woche.

über den passiven Widerstand
 (386. Sitzung.) OB. Berlin, 8. Oktober 1923.
 Vor sehr stark besetztem Hause begann heute mittig im Reichstage die politische Ansprache über die Rede Dr. Stresemanns vom vorigen Sonnabend. Damit verbunden wurde die Debatte über die kommunikativen und dienstlichen Anträge, betreffend den Usanahmestand. Abg. Breitscheid (Zos.) stellte fest, daß das Parlament noch niemals in einer so unverantwortlichen Weise mit einer Krisis überfallen worden sei wie in der vorigen Woche.

Demoralisierung im Ruhrgebiet.
 Der Redner warnte sich dann scharf gegen die Politik der Deutschnationalen und gegen die Geheimdiplomatie, die bei uns angeblich noch bestehe. Vor allem verlangte er Aufklärung darüber, ob England uns jemals den Rat zur Aufgabe des passiven Widerstandes gegeben habe. Die Separatistenbewegung im Rheinland mißfalle er auf das schärfste, verlangte aber andererseits, daß die Regierung nicht nichts unbedacht lasse, um zu einer direkten Verhandlung mit Frankreich zu kommen. Der Minister rief die Reichswehr habe sich bewährt, man müsse aber vom Reichswehrminister verlangen, daß er die Pressebeschränkungen in Bezug auf Unruhenachrichten wieder aufhebe. In Bayern, so sagte der Redner, sei einweisen der schwarzweißen Tsefel durch den weiblichen Beiseßub ausgetrieben worden. Die Reichsregierung dürfe dem unvermeidlichen Konflikt mit Bayern nicht ausweichen. Über das Ermächtigungsgesetz sagte Dr. Breitscheid, daß seine Fraktion ihm nur unter der Voraussetzung zustimmen konnte, daß Vertreter der Parteien in der Regierung die Durchführung dieses Gesetzes überdauern können. In Bezug auf den

Ermächtigungsgesetz
 sei von den Bergbauunternehmern im Ruhrgebiet jetzt eine offenkundige Gesetzesverletzung begangen, indem sie auf eigene Faust den Abstillstand ausbeuten wollten. Der Reichskanzler müsse gegen die Feinde in seinem eigenen Lager hart werden. Die Sozialdemokratie sei nach schwerem inneren Kampf wieder in die Regierung eingetreten und hoffe, daß dieses Experiment nicht scheitern werde.

Abg. Dr. Bell (Zentr.) erklärte, daß man das parlamentarische System nicht für bedauerliche Fehler in der Durchführung dieses Systems verantwortlich machen dürfe. Er bedauerte die Vorgänge, die zur Verkündung des Ausnahmestandes geführt haben, erklärte aber diese Verkündung für notwendig. Die Juridikalität, die sich der Reichskanzler gegenüber Bayern auferlegt hat, begründete er und betonte, daß wir auch in diesem Punkt der berechtigten Eigenart Bayerns Rechnung tragen müssen. Durch das

Ermächtigungsgesetz
 soll das Parlament keineswegs ausgeschaltet werden. Weber eine Diktatur nach eine verfassungsmäßige Ausübung dürfe man sich gefallen lassen. Das sei aber auch gar nicht der Sinn dieses Gesetzes. Am Anfang der Wirtschaft, auch der Großindustrie, hätten alle Volksteile Interesse, aber man müsse erwarten, daß auch in der Großindustrie der Gedanke des Gemeinwohl stärker in die Erscheinung trete. Der Redner stimmte dann den Ausführungen des Reichskanzlers zu und meinte, die neue Reichsregierung werde wohl endlich erledigt sein. An Frankreich müsse man die Frage richten, was Deutschland denn noch tun solle, um seinen Verbindungsmiteln zu beweisen. Deutschland sei zu Verhandlungen bereit und rechne nicht auf die Rivalität unter den Alliierten.

Wir Rheinländer sind treue Deutsche, sagte der Redner, und werden es bleiben, aber wir erwarten Verständnis für unsere Eigenart, für unsere freibeitliche Gesinnung. Wir erwarten, daß die Regierung keine Gelegenheit veräumt, um zur Verständigung mit den Gegnern zu kommen.

HERREN - Bekleidung
 Grosse Auswahl :: Billigste Preise
 elegante Anzüge :: moderne Ulster
 Winterware jetzt grosse Ersparnis.
 Wilhelm Bindel, Berlin, Invalidenstrasse 20.
 1 Minute vom Steffler Bahnhof.